

Parteien zur Wahl 2009:

Wie stehen die Parteien zur Wissenschaftspolitik?

Wissenschaft als Beruf

Wissenschaft in der Gesellschaft

Doktorandenausbildung

Wissenschaftskommunikation



Vollständige Antwort der SPD.

Eine gemeinsame Initiative der

Doktoranden-Netzwerke in Deutschland:



MAX PLANCK

PhDnet



Helmholtz Juniors



Wissenschaft als Beruf

Spitzenforschung und Innovationskraft sind heute tragende Säulen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und sichern Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum. Gerade im Zeitalter der Globalisierung und der Wissensgesellschaft sind kreative Köpfe ein hohes Gut, um das weltweit gerungen wird. Hervorragend ausgebildete Menschen sind für die Zukunft unseres Landes genauso wichtig wie die Luft zum Atmen. Sie entscheiden in einer zunehmend auf Wissen ausgerichteten Welt, ob wir unsere Stellung als eine der führenden Industrie-, Handels- und Kulturnationen behaupten können.

Der wissenschaftliche Nachwuchs nimmt hierbei eine besondere Stellung ein. Er ist das Fundament und zugleich die Zukunft wissenschaftlicher Hochschulausbildung und eines leistungsfähigen Forschungssystems. Aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs von heute rekrutieren sich die Forscherinnen und Forscher, aber auch die Lehrenden von morgen. Angesichts der wachsenden Wissensbasierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs müssen wir alles daran setzen, ein nachwuchsfreundliches Klima zu schaffen. Der wissenschaftliche Nachwuchs hat einen Anspruch darauf, bestmöglich gefördert zu werden und optimale Entwicklungschancen in unserem Land zu erhalten.

Die Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte ist dann Erfolg versprechend, wenn sie sich an den Bedürfnissen des jungen Nachwuchses orientiert. Klare, strukturierte Qualifikationswege, gute Karriereaussichten sowie hervorragende Bedingungen für die eigenständige wissenschaftliche Tätigkeit müssen daher im Mittelpunkt stehen.

Die SPD will aber auch die vorhandenen Bildungspotenziale in unserem Land besser mobilisieren. Und dies heißt im Bereich der wissenschaftlichen Ausbildung und Qualifizierung müssen wir den jungen Frauen mehr Chancen auf eine wissenschaftliche Karriere einräumen. Schließlich und endlich müssen wir mehr exzellente ausländische Nachwuchskräfte für eine wissenschaftliche Tätigkeit in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewinnen.

Zu den nachhaltigsten Weichenstellungen zählte sicherlich die von der SPD initiierte Einführung der Juniorprofessur. Sie hat die Qualifikationswege verkürzt, eigenständige Forschung und Lehre ermöglicht und die eigene Karriere kalkulierbarer gemacht. Die Ergebnisse der 2. CHE-Studie zeigen, dass dieser Schritt richtig und überfällig war. Mehr als zwei Drittel der Stelleninhaber sind eher bzw. sogar sehr zufrieden mit ihrer Situation.

Besonders erfreulich ist auch der hohe Frauenanteil von rd. 28 % gegenüber 12,7 % bei den C3/W2- und 8,7 % bei den C4/W3 Professuren. Deshalb wollen wir die Juniorprofessur nachhaltig ausbauen.

Eine notwendige Weiterentwicklung stellt die Ausstattung der Juniorprofessuren mit Tenure Track Optionen dar. Aktuell machen Hochschulen und Länder von der Möglichkeit des Tenure Tracks kaum Gebrauch. Während in den USA rund 80 % über eine entsprechende Option verfügen, sind es in Deutschland nur etwa 20 %. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Aber die Förderung von Tenure Tracks ist nur eine Komponente, wenn es darum geht, die Verlässlichkeit von wissenschaftlichen Karrierewegen zu steigern. Ein Konfliktfeld sind dabei die Regelungen für befristete Anstellungen im Wissenschaftsbereich, der in etlichen Bereichen durch zeitlich begrenzte Projektarbeit gekennzeichnet ist.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass gerade junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Ende ihres Qualifizierungswegs nicht in eine Endlosschleife befristeter Beschäftigung geraten. Gerade die dadurch entstehende Unsicherheit hält viele Wissenschaftler von der Gründung einer Familie ab.

Die SPD hat sich deshalb im Wissenschaftszeitvertragsgesetz dafür stark gemacht, dass am Ende der akademischen Qualifizierung (nach 12 bzw. 15 Jahren) das allgemeine Ar-

beitsrecht greift, das in vielen Fällen Rechtsansprüche auf eine unbefristete Tätigkeit sichert. Der akademische Mittelbau trägt wesentlich zur Qualität der Forschungs- und Lehrleistung an den Hochschulen bei. Deshalb wollen wir ihn mit einem Förderprogramm stärken, damit nicht jede wissenschaftliche Karriere zwangsläufig auf eine Berufung als Hochschullehrer hinauslaufen muss.

Wissenschaft in der Gesellschaft

Die Wissenschaft ist bis heute ein von Männern dominierter Bereich. Die Durchsetzung von Gleichstellung und echter Chancengleichheit wird sich nicht von alleine einstellen, sondern muss aktiv gefördert werden.

Deshalb baut die SPD zum einen auf Anreize für die Hochschulen und Forschungsorganisationen, den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre zu erhöhen, und zum anderen auf Zielvereinbarungen und klare gesetzliche Vorgaben.

Als SPD wollen wir das erfolgreich gestartete Professorinnen-Programm weiter ausbauen. Das Programm belohnt Gleichstellungskonzepte mit einer über fünf Jahre laufenden Anschubfinanzierung für die Berufung von Frauen auf eine W2/W3-Professur. Die ersten Erfolge sind sichtbar. Nun gilt es über eine Ausweitung des Programms, den Anstieg des Frauenanteils in Leitungsfunktionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen fortzusetzen.

Zusätzlich wollen wir die Juniorprofessur weiter fördern, die in Ergänzung zum Professorinnen-Programm zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen führen wird.

Die von Edelgard Bulmahn ins Leben gerufene Exzellenzinitiative hat in den ersten Jahren des Programms ebenfalls einen wichtigen Impuls für mehr Gleichstellung in der Wissenschaft gesetzt. Bei der Ausgestaltung der Fortsetzung der Exzellenzinitiative werden wir sicherzustellen, dass die Förderung von Frauen und Gleichstellungskonzepten ein Entscheidungskriterium in allen Förderlinien bleibt.

In Zukunft wollen wir die Einführung des sogenannten Kaskadenmodells prüfen, das es ermöglichen soll, den Anteil von Frauen in Relation zu ihrem Anteil in der jeweils vorhergehenden Karrierestufe, immer weiter zu erhöhen. Da es in unserer Gesellschaft in erster Linie immer noch Frauen sind, die zu Gunsten der Erziehung ihrer Kinder beruflich zurückstecken, muss auch die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlichem Beruf weiter verbessert werden. Die SPD will dazu ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen realisieren.

Doktorandenausbildung

Während die Zahl der Promovierenden in Deutschland steigt und die der Hochschullehrerstellen stabil bleibt bzw. sogar leicht sinkt, ist davon auszugehen, dass die Betreuungsbedingungen von Doktoranden sich in den vergangenen Jahren eher verschlechtert haben. Um diese Situation zu verbessern, wollen wir neben den Programmen für den Mittelbau und für Professorinnen 200 zusätzliche Professuren im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich schaffen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal, damit eine angemessene Betreuung von Studierenden und Doktoranden sichergestellt werden kann.

Wir werden zudem die strukturierte Promotionsausbildung in Graduiertenkollegs bzw. Graduiertenschulen als erste Phase eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen der Exzellenzinitiative weiter stärken. Sowohl Graduiertenkollegs als auch –schulen tragen zu einer engen Anbindung an den Wissenschaftsbetrieb als auch zum regelmäßigen, interdisziplinären Austausch zwischen den Promovierenden bei.

Zusätzlich werden wir durch die deutliche Steigerung der Mittel für die außeruniversitäre Forschung um jährlich 5 % im Rahmen des Paktes für Innovation und Forschung zusätzliche Mittel freisetzen, um auch Promotionsstellen sowie exzellente Rahmenbedingungen

für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu schaffen. Auch die Exzellenzclustern bilden ein hervorragendes Umfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs, indem an den Universitäten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren. Unser Ziel ist es, mehr Promotionsstellen zu schaffen, die den Lebensunterhalt sichern und dabei ausreichend Raum für die eigene Qualifizierung vorsehen.

Wissenschaftskommunikation

Der SPD ist der gesellschaftliche Austausch über wissenschaftliche Erkenntnisse ein wichtiges Anliegen. Wir wollen Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen sicherstellen, damit sich gerade junge Menschen für die Wissenschaft begeistern und nicht erst im Studium mit wissenschaftlichem Denken in Berührung kommen. Aber nicht jede Erfindung dient dem Fortschritt. Darum prüfen wir sie darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem Miteinander der Menschen nutzt. Dies gilt beispielsweise für die Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin. Sie führen uns in einigen Bereichen in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung, Förderung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion sowie einen breiten gesellschaftlichen Diskurs.

Die Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft stellt das Recht am geistigen Eigentum in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Fragen und auch konfliktreicher Auseinandersetzungen aufgrund unterschiedlicher Interessen von Wissenschaftlern, Verlagen, Institutionen sowie der Nutzerinnen und Nutzer. Dies gilt für eine moderne Bildungs- und Innovationspolitik in doppelter Weise, da der Zugang zu Informationen und Wissen zu fairen Bedingungen eine Grundvoraussetzung für ein qualitatives Bildungssystem wie ein leistungsfähiges Innovationssystem darstellt.

Das ist der Grund, weshalb die SPD im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU für die Verankerung einer bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Reform des Urheberrechts gesorgt hatte.

Mit der Novellierung des Urheberrechtes wurden aus bildungs- und forschungspolitischer Sicht schon wichtige Verbesserungen erreicht, beispielsweise die Sicherung der Online-Leseplätze und der Kopierdirektversand. Wir wollen in einem weiteren Schritt prüfen, wie das Prinzip eines freien und für die Nutzer im Regelfall kostenlosen Zugangs zu produziertem Wissen (Open Access), das mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, auch in Deutschland festgeschrieben werden kann.

Darüber hinaus sollte ein Zweitverwertungsrecht für Urheber von wissenschaftlichen Beiträgen geprüft werden, die überwiegend im Rahmen einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind.